



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/290 - 21. Dezember 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24891 - 33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|-------|--|----|
| 1 | Nach dem Treffen der westlichen Staatschefs in Paris
Die Arbeitsgruppen haben jetzt das Wort | 46 |
| 2 | Demonstration für Staatsrundfunk
Von Eckardt korrigiert deutsche Journalisten | 45 |
| 3 | Frankreichs Afrikareich am Scheideweg
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer | 45 |
| 4 - 5 | Unruhe bei der CDU
Bewusste Missdeutungen des Godesberger Programms | 99 |
| 6 | Eine grosse Erzieherin
Kinna Specht - 80 Jahre

Von Willi Dichter,
Mitglied des Parteivorstandes | 53 |
| 7 | Kerzen in den Fenstern
Denkt an Berlin, denkt an die Zone | 40 |

* * *
* * *

Nach dem Treffen der westlichen Staatschefs in Paris

Die Arbeitsgruppen haben jetzt das Wort

sp - Sieht man davon ab, daß die westlichen Regierungschefs in Paris sehr schnell die Tagesordnungs-Vorschläge für das Ost-West-Gipfeltreffen formulieren konnten - was an sich ein gutes Zeichen sein kann - so bleibt doch ein ganzes Arbeitspaket übrig, das der Westen bis zum Tage X, dem Treffen mit Chruschtschow, bewältigen muß. Denn trotz allem, was man auch diesmal wieder in Paris über Einigkeit, völlige Übereinstimmung usw. gesagt hat, dürfte feststehen, daß die vom Westen einzuhaltende Linie bei dem Zusammentreffen mit Chruschtschow noch keineswegs klar umrissen wurde. Es wird also in den nächsten drei Monaten im wesentlichen auf die nun einzusetzenden "Arbeitsgruppen" ankommen, die versuchen sollen, den vorgeschlagenen Tagesordnungspunkten - Abrüstung, Deutschland und Berlin sowie Ost-West-Beziehungen - einen Inhalt zu geben.

In gewissem Sinne bedeutet dies, daß der Westen ganz offenbar an die Arbeitsergebnisse der Genfer Außenminister-Konferenz vom Sommer 1959 anzuknüpfen gedenkt.

Nicht klar ist, was sich die vier westlichen Regierungschefs vorgestellt haben, als sie unter Punkt 3 der Tagesordnung für das Gipfeltreffen den sehr allgemeinen Begriff "Ost-West-Beziehungen" wählten. Schließlich gehören ja auch Punkt 1 und 2 zu den Ost-West-Beziehungen. Es könnte aber sein, daß Staatspräsident de Gaulle bei dieser Gelegenheit versucht hat, jene Probleme in den Vordergrund zu rücken, um deren Lösung er seit einiger Zeit bemüht ist und die sich unter dem Stichwort "Gemeinsame Ost-West-Hilfe für entwicklungsfähige Länder" zusammenfassen läßt. Bekanntlich schwebt de Gaulle vor, bei seinem im März stattfindenden Gespräch mit Chruschtschow den sowjetischen Ministerpräsidenten davon überzeugen zu können, daß die friedliche Koexistenz am besten durch gemeinsame Hilfe für entwicklungsfähige Länder demonstriert und untermauert werden kann.

Das Deutschland- und Berlin-Problem will man zunächst möglichst wenig ansprechen. Vielleicht ist gerade deswegen damit zu rechnen, daß Chruschtschow versuchen wird, diese Fragen in den Vordergrund zu spielen. Wenn das der Fall ist, wird es im wesentlichen auf die Vertreter der Bundesregierung in den westlichen Arbeitsgruppen ankommen, von denen man neue Impulse und neue Ideen erwartet.

Auch in der Abrüstungsfrage dürften nicht wenige der westlichen Bündnispartner auf Bonn blicken. Es wird nämlich bei der sicher zu erwartenden Serie von Ost-West-Konferenzen kaum gerüger, wenn Bonn sich mit allgemeinen Redensarten über die Abrüstung begnügt. Sehr schnell dürfte die Frage auftauchen, welchen unmittelbaren Beitrag die Bundesregierung zur Lösung dieses Problems zu leisten gedenkt. Nach dem Verlauf der dem westlichen Gipfeltreffen vorausgegangenen NATO-Konferenz in Paris und dem ostentativen Versuch von Bundesverteidigungsminister Strauß, das Militärische vor das Politische zu stellen, glauben wir kaum, daß Bonn auf die auf uns Deutsche zukommende Aufgabe vorbereitet ist.

Demonstration für Staaterundfunk

sp - Bundespressechef und Staatssekretär Dr. von Eckhardt hat am späten Samstagabend den deutschen Fernsehteilnehmern Anschauungsunterricht gegeben, wie er sich einen Staaterundfunk vorstellen mag. Mitten in eine Plaudersendung vier bekannter deutscher Journalisten, die sich über die Erfolgchancen der westlichen Gipfelkonferenz in Paris zwanglos unterhielten, platzte Herr von Eckhardt ungebeten herein und korrigierte die bis zu diesem Zeitpunkt entwickelten Ansichten. Er habe, so sagte Herr von Eckhardt, zufällig das Gespräch im Senderraum mitgehört und wolle nun seine Meinung dazu äußern. Daß diese Meinung entgegengesetzt der Auffassung der Journalisten war, versteht sich am Rande.

Herr von Eckhardt hat durch seine unerbetene Intervention verhindern wollen, daß eine der Regierung nicht genehme Auffassung Millionen deutschen Fernsehteilnehmern allzu deutlich dargestellt wird. Er drängte sich in eine freie Diskussion hinein, gab ihr den von ihm gewünschten Verlauf und sabotierte dadurch das freie Wort. Dabei muß man wissen, daß derselbe Herr von Eckhardt wenige Minuten vorher in einem für ihn gestellten Spezialinterview ausreichend Gelegenheit hatte, den Standpunkt der Regierung darzustellen.

Dieser bisher wohl einmalige Vorgang beim Deutschen Fernsehen und Rundfunk beleuchtet schlagartig, was' Geistes Kind die Männer sind, die heute in der Bundesrepublik an den regierungsamtlichen Schaltbänken der öffentlichen Meinungsbildung sitzen. Er zeigt auch, wie ihr inneres Verhältnis zum Begriff der freien Meinungsbildung ist. Sobald sie spüren, daß andere als ihre eigenen Meinungen in irgendeiner Form Gestalt annehmen, greifen sie ein, manipulieren und dirigieren diese öffentliche Meinung ohne jede Rücksicht auf den Anspruch des Rundfunk- oder Fernsehteilnehmers, von mehreren Seiten über politische Vorgänge unterrichtet zu werden.

Herr von Eckhardt kann des Lobes seines Chefs, des Bundeskanzlers, sicher sein; er handelte gewiß in dessen Geist. Aber kann der Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks, kann der Deutsche Presserat diesen amtlichen Eingriff in eine freie Diskussion von Journalisten hinnehmen? Müssen sich die politischen Parteien die unerbetene Intervention durch einen Staatssekretär in eine freigestaltete Fernsehsendung gefallen lassen?

Hier liegt ein eklatanter Fall von behördlicher Intoleranz und Meinungsmanipulierung vor, wie er nur in einem Obrigkeitsstaat üblich ist.

Dieser Vorgang ist eine ernste Warnung für alle jene, die mit dem Gedanken an die Übertragung von erweiterten Rechten bei Rundfunk und Fernsehen an die Bundesregierung spielen. Er gibt einen Vorgeschmack auf die Gleichschaltung der öffentlichen Meinungsbildung durch den Staat, wie sie bereits vom Bundesinnenminister Dr. Schröder bei der "Affaire Parlament" in die Wege geleitet wurde.

Frankreichs Afrikareich am Scheideweg

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Frankreichs Afrikareich steht an einem Scheideweg: Zerfall oder Entwicklung zu einem wirklichen Commonwealth. Die Diskussionen und Beschlüsse der 6. Tagung des Exekutivrates, der obersten Behörde der "Französischen Gemeinschaft", die Mitte Dezember in Dakar stattfanden, betrafen Wirtschaftshilfe, selbständige außenpolitische diplomatische Vertretung der einzelnen Mitgliedsstaaten und überhaupt die allgemeine politische Entwicklung der "Communauté".

Die Unabhängigkeitsforderung Malis (Senegal und Sudan) wird im Januar 1960 in direkter Unterredungen mit Paris behandelt werden. De Gaulle hat in seinen Reden in St. Louis-du-Sénégal und in Dakar faktisch die Unabhängigkeitsforderung dieser Länder anerkannt.

Mali will zwar nicht, wie Guinea, in brutaler Weise mit Paris brechen, sondern ebenso wie Madagaskar oder Tunesien die Unabhängigkeit durch Verhandlungen erreichen und zugleich freundschaftliche Beziehungen mit Frankreich pflegen, erklärte der Ministerpräsident Malis, Modibo Keita in einem Interview in "Le Monde". Über die Verhandlungen, die er und Senghor vor kurzen in Elysee mit de Gaulle und Debré führten, wurde zuerst Stillschweigen bewahrt, und man hatte sogar einen jähen Bruch befürchtet, jetzt spricht man aber von einer "Besserung der französisch-malischen Beziehungen". Schon allein diese neuartige Formel zeigt, wie sehr sich die Zeiten geändert haben.

Damit steht allerdings eine Revision der gesamten Struktur der Communauté und nicht nur ein Etikettenwechsel zur Debatte. Schon spricht man von einer selbständigen diplomatischen Vertretung Madagaskars z.B. in den Vereinten Nationen. Wie lange werden diese jungen Staaten ihre Außenpolitik und Landesverteidigung dem Mutterland überlassen?

Die ersten Reaktionen der konservativen französischen Presse zeigen, daß sich in den Kolonialkreisen reaktionäre Gegerkräfte noch zu Wort melden werden. Der liberale Zug scheint sich aber jetzt in Paris durchzusetzen, und damit eröffnen sich auch die Chancen einer Entwicklung zu einem wirklichen französischen Commonwealth, vorausgesetzt, daß der Brandherd in Nordafrika rechtzeitig gelöscht werden kann.

1960 wird jedenfalls zum Jahr der nationalen Unabhängigkeit für Zentral- und Westafrika: Togo, Kamerun und Eigeria beschreiten legal den Weg, den Ghana und Guinea schon vorher gegangen sind.

Die neue französische Verfassung gewährt allen Staaten der Communauté das Recht auf legale Lostrennung. Für Mali und die anderen noch in französischen Staatsverband verbleibenden Länder stellt sich somit nicht die Frage, "ob", sondern "wie" dieser Anspruch in die Tat umgesetzt wird: mit oder gegen Frankreich, durch radikalen Bruch oder bei Aufrechterhaltung guter Beziehungen.

Das war der Sinn der Anwesenheit de Gaulles im schwarzen Erdteil, das ist die Tragweite seiner Erklärungen vor der Bundesversammlung des jungen und modernen Bundesstaates Mali.

Unruhe bei der CDU

W.P. Es fällt auf, dass die CDU/CSU grosse Aufmerksamkeit darauf verwendet, das Godesberger Programm der SPD zu studieren. Offenbar ist man sich darüber klar geworden, dass die ersten Stellungnahmen prominenter CDU-Politiker, ihre unsachlichen Unterstellungen und abwegigen Kombinationen weder Resonanz in der Öffentlichkeit fanden noch dem inneren Gehalt des neuen, nicht für den Tag gemachten SPD-Programms gerecht werden konnten. Auch um den drängenden Fragen nach einem Grundsatzprogramm in den eigenen Reihen Antwort stehen zu können erscheint die Behandlung des neuen sozialdemokratischen Programms zunächst als ein zweitgewinnender Ausweg. So fand in der CDU-Schule in Eichholz kürzlich eine interne Arbeitstagung statt, auf der man sich "in Referaten und in einer eingehenden und konzentrierten Sachdiskussion mit der Analyse des Godesberger Programms" beschäftigte. Wie es heißt, haben prominente Politiker der CDU daran teilgenommen.

Vorerst war zwar nicht viel über den Inhalt der Referate und den Verlauf der Diskussion zu erfahren. Lediglich Auszüge aus zwei Referaten, die Günter Triesch und Anton Böhm über die Themen "Von Gotha nach Godesberg" und über das Verhältnis der SPD zur Demokratie, zur Kirche und zur Erziehung gehalten haben, liegen bisher vor. Es ist also unbekannt, wie das, was in diesen beiden Referaten über den Inhalt des Godesberger Programms gesagt wurde, von den Diskussionsrednern beurteilt wurde, ob es wirklich eine zutreffende Analyse und Interpretation der grundsätzlichen Ziele der SPD akzeptiert wurde, oder ob jemand aufgestanden ist, um seine Parteifreunde davor zu warnen, in das SPD-Programm etwas hineinzulegen, was vielleicht den eigenen Wunschvorstellungen vom politischen Gegner entsprechen mag, nicht aber den Realitäten.

Tatsächlich haben die genannten Referenten ihre Aufmerksamkeit weniger dem Inhalt des Programms als den Propagandaabbedürfnissen der CDU/CSU gewidmet. Dazu mögen sie sicher auch prädestiniert sein, der eine als SPD-Spezialist des "Deutschen Industrie-Instituts" und der andere als stellvertretender Chefredakteur des Kanzlerblattes "Rheinischer Merkur"; allertings sollten sie dann nicht mehr von einer sachlichen Analyse sprechen.

Die Behauptung etwa, das Godesberger Programm habe nicht zum Ziel, die Politik der Partei zu formulieren, sondern neue Wählerschichten anzusprechen, kann sich ein Kenner der SPD nur aus den Fingern gesogen haben. Er weiß nämlich, daß die Partei seit 1945 die Formulierung eines Parteiprogramms bewußt zurückgestellt hat, nicht weil man damals an neue Wählerschichten uninteressiert war, sondern weil nach dem Zusammenbruch die politische, gesellschafts-politische und wirtschaftliche Lage zu un stabil war, um aus ihrer Analyse zu einer umfassenden Darstellung sozialdemokratischer Zielvorstellungen zu gelangen. Triesch unterstellt der SPD in dieser Frage zu Unrecht Opportunismus, was jeder Kenner sozialdemokratischer Verhältnisse bestätigen wird. Aus der Tatsache, daß vierzig Prozent des Gesamtumfangs des Programms dem Abschnitt "Wirtschafts- und Sozialordnung" gewidmet sind, wird dann geschlossen, "daß die

SPD nach der Tradition von Marx weiterhin durch die Ordnung des wirtschaftlichen Bereichs ein Allheilmittel für alle gesellschaftlichen Übel sieht". Sie hänge weiterhin "dem Klassengedanken" nach, denn sie fordere als Ziel des Sozialismus die Beseitigung aller Klassen. Ja, durch ihre Forderung nach Kontrolle wirtschaftlicher Macht wolle sie die Klassenspaltung zementieren. So geht es dann weiter. Mit der gleichen Methode der Verdrängung werden die Fragen des Gemeineigentums, des Eigentums überhaupt und der Investitionskontrolle behandelt. Daß gerade diese Fragen im "Ahlener Programm" der CDU und in ihren "Düsseldorfer Leitsätzen" vom Juli 1949 in auffallend ähnlicher Weise noch behandelt worden sind, davon wird kein Wort erwähnt. Das aber macht die Behandlung des wirtschaftspolitischen Teils des Godesberger Programms durch einen Industriesprecher vor einem erlauchten CDU-Publikum erst recht peinlich.

Es wird nicht verwundern zu erfahren, daß der kulturpolitische Teil des Godesberger Programms in der bekannten Manier des "Rheinischen Merkur" behandelt wurde, der Sozialdemokratie das schlimmste Motiv zu unterstellen. Zum Verhältnis der SPD zur Demokratie heißt die Erkenntnis aus der Programmanalyse: "Dieses Programm verriegelt nicht die Möglichkeit, daß die Partei, unter entsprechender Führung, auch einmal außerparlamentarische Mittel, also Gewalt anwendet, um ihre 'neue Wirtschafts- und Sozialordnung', den Sozialismus, herzustellen". Eine wahrhaft kühne Kombination, über die sich jeglicher Kommentar erübrigt. Natürlich stößt auch das, was das Programm über das Verhältnis zu den Kirchen sagt, auf Mißtrauen und Verdächtigung. Im Gegensatz zu manchen Kirchensprechern empfindet Böhm diesbezügliche Teile des Programms sogar als "Blasphemie". - Im Übrigen erfindet er eine absurde Theorie für die Auslegung des Programms, die er "Riegel-Theorie" nennt, nach einem Wort Herbert Wehners, der in Godesberg zur Diskussion davon gesprochen hatte, er würde sich gegen ein Programm wenden, das es den Sozialdemokraten erschwert oder verbietet, das zu tun, was sie für das Allgemeinwohl und für das Wohl des Volkes zu tun für notwendig halten, wenn sie die Macht haben. Dieser Satz, der sich praktisch gegen einen Opportunismus im Grundsatzzprogramm wendet, etwa mit dem Ziel, durch Aufgabe von als richtig erkannter Zielvorstellungen und Annahme populärer und zugkräftiger Formulierungen und Forderungen neue Wählerschichten zu erobern, wird in CDU-Kreisen zum Beweis dafür angeführt, daß das Programm "keine Riegel nach links und rechts" vorschübe, wobei es hier natürlich auf den Riegel nach links ankommt. Dabei macht es offenbar gar nichts aus, den Satz in sein Gegenteil zu verkehren.

Die CDU sollte es sich wirklich nicht so leicht machen. Das Godesberger Programm stellt für die SPD einen erfolgreichen Schritt zur Anpassung an eine veränderte Welt dar, nachdem durch den Hitlerismus ein tragischer Bruch in einer jahrzehntelangen Entwicklung entstanden war. An die Stelle des Heidelberger Programms von 1925 ist ein modernes Parteiprogramm getreten, um das die SPD gerade von ihrem Hauptgegner, der CDU/CSU in Grunde beneidet wird. Bedauerlich, daß der Feind einen so kläglichen Ausdruck findet.

Eine große Erzieherin

Von Willi Eichler,
Mitglied des Parteivorstandes

Am 22. Dezember dieses Jahres wird Minna Specht, die bekannte Pädagogin, achtzig Jahre alt. Wenn bei irgendeinem, dann hat sich bei ihr gezeigt, daß diese achtzig Jahre "Mühe und Arbeit" gewesen sind. Ob sie auch köstlich waren? Wir hoffen es!

Mühe und Arbeit im Leben Minna Spechts galten von Anfang an der Erziehung und Bildung. Dabei hat sie im Gegensatz zu vielen Pädagogen und Politikern immer die schicksalhafte Verbundenheit von Erziehung und Politik klar gesehen. Solange nicht fähige Erzieher unsere Politiker auf ihre schwierige Aufgabe vorbereiten, und solange nicht die Politiker den Erziehern äußere Möglichkeiten schaffen, ihre lebenswichtige Aufgabe zu erfüllen, - solange bleibt die Politik das leere Getriebe über Macht-kämpfe und die Erziehung der hoffnungslose Versuch, diese Politik durch Boykottierung seitens der Gebildeten zu überwinden.

Erziehung zu politischer Verantwortung war Inhalt der Lebensarbeit von Minna Specht, der sie sich rückhaltlos gewidmet hat, seitdem sie Leonard Nelson traf, der diese Aufgabe theoretisch begründet und für sie eine Heimstätte geschaffen hatte durch die Gründung des Landerziehungsheims Walkemühle, das Minna Specht leitete. Nachdem die Nationalsozialisten die Walkemühle beschlagnahmt hatten, ging Minna Specht mit einem Teil der Schüler und Lehrer in die Emigration nach Dänemark, und nachdem die nationalsozialistische Bedrohung sich auch auf den Norden Europas ausdehnte, nach England. Dort zu Beginn des Krieges als "feindliche Ausländerin" interniert, organisierte und leitete sie im Internierungslager auf der Isle of Man eine Lagerschule. Nach ihrer Entlassung arbeitete sie in England im Rahmen verschiedener Organisationen an Plänen für die Erziehung der deutschen Jugend nach dem Krieg und war Mitbegründerin einer deutsch-englischen Erzieherorganisation. Einen besonderen Beitrag leistete sie bei den Programm-Beratungen der "Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien", deren Vorsitzender Erich Ollenhauer war. Während dieser Zeit verfaßte sie verschiedene Schriften, darunter die programmatische Arbeit "Gesinnungswandel".

Im Jahre 1946 übernahm sie die Leitung der "Odenwaldschule", in der sie ihre reichen erzieherischen Erfahrungen und Erkenntnisse modellhaft verwertete und in zahlreichen internationalen Tagungen auch über die Kreise der Schule und die Grenzen Deutschlands hinaus der Erzieherwelt nahe brachte. Nach fünf Jahren legte sie die Leitung der Schule nieder und wurde Mitarbeiterin am neugegründeten Institut für Pädagogik der Unesco in Hamburg und in der Deutschen Unesco-Kommission. Ihre Arbeit in den Landerziehungsheimen setzt sie bis heute fort als deren pädagogische Beraterin.

Diese äußeren Daten ihres Lebensweges vermitteln nicht unmittelbar einen Eindruck von Minna Spechts pädagogischer Wirkung, da solche Wirkung ja nicht ihren Niederschlag findet in greifbaren und meßbaren "Erfolgen", sondern in dem Maße, in dem sie auf Gesinnungen und Haltungen der Menschen Einfluß gewinnt. Solchen anhaltend beweglichen Einfluß haben alle die verspürt, die mit Minna Specht in Berührung gekommen sind, von denen viele an verantwortlicher Stelle im erzieherischen und politischen Leben stehen. Sie alle vereinigen sich heute in ihren Glückwünschen für die Jubilarin.

Anläßlich des 80. Geburtstages von Minna Specht ist eine Festschrift unter dem Titel "Erziehung und Politik" erschienen (Verlag Öffentliches Leben, Frankfurt a. M.), in der Politiker, Erzieher und ehemalige Schüler Minna Spechts die politisch-pädagogischen Aufgaben unserer Zeit erörtern.

Kerzen in den Fenstern

sp - Schon zu Lebzeiten des unvergesslichen Ernst Reuter stellten die Westberliner, einer Anregung ihres damaligen Regierenden folgend, am Heiligen Abend Kerzen in die Fenster. Dies war keine leere Geste: sie war der lebendige Ausdruck der Gemeinsamkeit und inneren Verbundenheit mit den 17 Millionen Menschen in dem Gebiet, das, nicht durch eigenen Willen, der Herrschaftsgewalt von Pankow untersteht. Der Schein dieser Kerzen am höchsten Fest des deutschen Volkes soll die Bewohner Mitteldeutschlands daran erinnern, dass sie nicht vergessen sind und dass die Kräfte, die zum Zusammenhalt und zur Wahrung der so tödlich bedrohten inneren Einheit unseres Volkes über alle Parteien hinwegdrängen, auf die Dauer stärker sein werden als jene von der Spaltung lebenden, sie vertiefenden Kräfte.

Willy Brandt, der würdige Nachfolger Ernst Reuters, hat kürzlich angeregt, die Demonstration der Kerzen nicht allein auf Berlin zu beschränken. Das Kuratorium Unteilbares Deutschland hat diese Anregung willig aufgegriffen; Plakate fordern die Westdeutschen auf, dem Beispiel der Hauptstadt Deutschlands zu folgen. Dieser Aufruf, über alle gewaltsamen Schranken hinweg durch die symbolische Geste der brennenden Kerzen den Landsleuten in Mittel- und Ostdeutschland unsere unzerstörbare Gemeinsamkeit mit ihnen zu bekunden, wird gewiss nicht ungehört verhallen.

Eine solche Bekundung, wieder ein Volk in einem Staat werden zu wollen, ist heute notwendiger denn je. Sie gilt heute in besonderem Maße auch den tapferen Westberlinern, in deren Schicksal sich das Schicksal des deutschen Volkes verdichtet. Niemand kennt die Größe der für uns im Schoße der Zukunft liegenden Gefahren. Ein bedenklicher Zug macht sich in der Weltpolitik bemerkbar, sich mit der deutschen Spaltung als einer nicht zu ändernden Tatsache abzufinden. In dieser Richtung wirken mächtige Tendenzen im Osten und im Westen. Das deutsche Volk, auch dort, wo es in Freiheit politische Entscheidungen fällt, hat nicht oft Gelegenheit, seinem Willen göltigen Ausdruck zu geben. Die brennenden Kerzen in den Fenstern unserer Häuser in der Bundesrepublik sollen eine Mahnung auch an die Mächtigen dieser Welt sein, wieder zusammenzufügen, was zusammengehört, aber auch daran, dass keine Macht auf Erden ein Volk in staatlicher Zerrissenheit halten kann, wenn es diese Zerrissenheit selbst nicht will. Beim flackernden Schein dieser Kerzen soll jeder Deutsche aber auch die Verpflichtung fühlen, das seine zu tun, auf dass wir wieder alle als ein Volk bestehen können. Wir bestehen damit auch vor uns selbst.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel